

Eigenverantwortung als neoliberale Regierungstechnologie und/oder emanzipatorische Selbst-Ermächtigung?

Über die Vielfalt von Responsibilisierungsweisen in einem sozial-ökologischen Gemeinschaftsprojekt

Jędrzej Sulmowski

1. EINLEITUNG: INDIVIDUALISIERUNG VON VERANTWORTUNG FÜR NACHHALTIGKEIT

Fragen der Verantwortung sind integrale Elemente der Nachhaltigkeits- bzw. umweltpolitischen Diskurse und der damit verbundenen gesellschaftlichen Praxis. In der Fülle verschiedener seit den 1970er Jahren entstehenden Entwürfe der Transformationspfade in Richtung zukunftsfähiger Gesellschaften werden die Karten des Zuständigkeitsspiels unterschiedlich ausgeteilt – dies ist die Ausgangsthese des Forschungsprojekts »Reflexive Responsibilisierung«, in dessen Rahmen der vorliegende Beitrag entstanden ist (siehe Einleitung). Eingefaltet in Argumentationen von Gründungsdokumenten, Programmen, sozialwissenschaftlichen Texten zur Nachhaltigkeit, in Ratgebern und Informationsbroschüren sowie in Werbebotschaften scheint immer häufiger individuelle Verantwortung der Schlüssel zu transformativer Handlungsfähigkeit unter Bedingungen liberaler Demokratien zu sein (vgl. Hobson 2013, S. 57). So zeigt beispielsweise eine Handreichung für Kommunen, die als Transferleistung wissenschaftlicher Projekte entstand, wie einzelne Menschen für die Energiewende aktiviert und zu »Klimabürgern« (Müller et al. 2016) werden können. In einer Broschüre des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) wird den Leser/-innen das Konzept der Suffizienz erläutert und Wege zur Umsetzung einer suffizienten Lebensweise vorgestellt (BUNDjugend und BUND 2017). Dieser Trend zur Individualisierung von Verantwortung für Nachhaltigkeit wird seit längerem beobachtet, beschrieben und kritisiert (z.B. Hunter 1997; Maniates 2001; Grunwald 2010a, 2010b, 2012;

Fahlquist 2009; Walker 2015; Hellmann 2011; Shove 2010). Ein prominenter Strang solcher Kritik ist mit zahlreichen Arbeiten innerhalb der *Governmentality Studies* vertreten, in denen Responsibilisierung im Zeichen der Nachhaltigkeit als eine neoliberale Regierungstechnologie beschrieben wird. Konstitutiv für diese Perspektive ist einerseits, dass sie analytische Erkenntniswerkzeuge liefert, die für Fragen der Macht sensibilisieren – ein Merkmal, dessen Ausbleiben in der Nachhaltigkeitsforschung immer wieder beklagt wird (Partzsch 2015; siehe auch Wendt und Görgen in diesem Band). Damit ist es möglich, ein auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes Handeln nicht (nur) als Ausdruck einer Tugend oder einer Einsicht zu betrachten, sondern auch als eine besondere Form zu begreifen, regiert zu werden. Andererseits erschwert diese Perspektive, Verantwortungsübernahme als Ausdruck einer selbstbestimmten Ermächtigung, eines Aufbegehrens oder eines Widerstands zu betrachten, der auf die Veränderung der »gesellschaftlichen Naturverhältnisse« (Becker und Jahn 2006) abzielt. Darüber hinaus kann mit einem solchen Blick womöglich die Vielfalt der zum Teil miteinander konkurrierenden Verantwortungsverhältnisse und deren verschiedene Funktionen nicht erfasst werden. Die Problematisierung der Perspektive der *Governmentality Studies* auf Responsibilisierung im Kontext der Nachhaltigkeit bildet den Ausgangspunkt dieses Beitrags (2). Anschließend werden die Begriffe Responsibilisierung und Verantwortung methodologisch erschlossen (3), um im Dialog mit der Gouvernamentalitätsperspektive anhand einer ethnografischen Studie Verantwortungsverhältnisse im Ökodorf »Sieben Linden« zu rekonstruieren (4). Dabei zeigt sich, dass Verantwortung Teil verschiedener zu beobachtender Phänomene ist, wie beispielsweise Sorge, Selbst-Optimierung oder situierte Vielfalt, die jedoch nur fragmentarisch als eine neoliberale Instrumentalisierung verstanden werden können (5).

2. KRITIK DER RESPONSIBILISIERUNG IM ANSCHLUSS AN GOVERNMENTALITY STUDIES

Die *Governmentality Studies*, die auf Michel Foucaults Konzept der Gouvernamentalität zurückgehen, befassen sich mit den Formen des modernen Regierens. Dieses bemächtigt sich immer weniger autoritärer Handlungsweisungen, disziplinierender und sanktionierender Maßnahmen. Vielmehr vollzieht sich das Regieren im Sinne einer »Führung der Führungen« (Lemke 2000, S. 33): Die Regierten werden in die Lage gebracht, sich selbst entlang der Rationalitäten der Regierenden zu verhalten. Hierbei kommen verschiedene »Technologien der Regierung« (Miller und Rose 2008, S. 15) zum Einsatz, die – zumindest programmatisch – individuelle Freiheitsgewinne versprechen. So kommt der Eigenverantwortung eine zentrale Rolle zu, suggeriert doch die Übernahme von Verantwortung (für die eigene Gesundheit, Sicherheit, die

Umwelt, das Arbeitsumfeld, gar das eigene Schicksal) zugleich einen hohen Grad an Selbstbestimmung. Durch die Responsibilisierung sollen Individuen und nicht-staatliche Akteure aktiviert werden, wobei diese Aktivierung innerhalb der *Governmentality Studies* stets im Zusammenhang mit dem neoliberalen Umbau der Gesellschaft betrachtet wird. Die Mobilisierung der Kräfte von Individuen zielt wiederum auf die Reduktion der Zuständigkeiten des Staates für bestimmte Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenlebens wie Sicherheit, Arbeit, Gesundheit oder Bildung ab (Krasmann 2003, S. 183). Gekoppelt mit dieser Aktivierung und dem Rückzug des Wohlfahrtsstaates ist die Erhebung des freien Markts zu einem dominanten gesellschaftlichen Organisationsprinzip und – was damit einhergeht – die zunehmende Marktförmigkeit von immer mehr Lebensbereichen, wie z.B. Erziehung, Persönlichkeitsentwicklung, Gesundheit; darüber hinaus die Deregulierung der (Finanz-)Märkte und die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse (vgl. Brady 2014, S. 15f.; Trnka und Trundle 2014, S. 137). *Gouvernementalität* im Sinne der Regierung durch »Technologien der Freiheit« (Rose 2000, S. 324) wird innerhalb der *Governmentality Studies* also stets als eine Regierungsform gedacht, die historisch mit dem Aufstieg des Neoliberalismus einhergeht.¹

Übernahme von Verantwortung für ein an Nachhaltigkeitskriterien orientiertes Handeln durch Individuen erscheint aus dieser Perspektive der »green governmentality« (Luke 1999; Rutherford 2007) oder »environmental governmentality« (Darier 1996) stets als ein Ergebnis der Umsetzung staatlich induzierter neoliberaler Programmatiken (Luke 1999, S. 121): Ganz im Sinne des Rückzugs des Staates, der Deregulierung und Marktorientierung werden Individuen nicht zu bestimmtem Verhalten durch Vorschriften oder Gesetze gezwungen, sondern vielmehr als autonome Subjekte angesprochen. Durch verschiedene »Technologien der Responsibilisierung« (Soneryd und Ugglå 2015, S. 914) werden sie zu selbstreflexiven, sich selbst-regulierenden, eigenverantwortlichen und »aktiven Agenten der Regierung« (Rutland und Aylet 2008, S. 642). Zu solchen Technologien gehören beispielsweise die Bereitstellung von digitalen Berechnungsinstrumenten für die Kontrolle des individuellen Carbon-Footprint (Paterson und Strippel 2010), Beratungsangebote und technische Unterstützung für Haussanierung (Rutland und Aylet 2008) oder Informations- und Bildungskampagnen, mit denen ressourcenschonendes Alltagsverhalten (Darier 1996) oder an Nachhaltigkeitskriterien orientierte Konsumentscheidungen bzw. Lebensstile gefördert werden sollen (Soneryd und

1 | Obwohl Neoliberalismus in der akademischen Literatur Unterschiedliches bezeichnet, z.B. die dominante Ideologie, politisches Programm, die dominante Kultur, die Form des anglo-amerikanischen Kapitalismus oder *Gouvernementalität* (Brady 2014, S. 16), wird in den *Governmentality Studies* Neoliberalismus als *Gouvernementalität* konzipiert (Brady 2014, S. 14).

Uggla 2015). Studien zur *green governmentality* zeigen nicht nur, wie staatliche Institutionen durch solche Technologien die Verantwortung für Nachhaltigkeitsbelange in die individuelle und oft private Sphäre verschieben. Cupples und Ridley (2008) beschreiben beispielsweise anhand einer Fallstudie, wie sich durch die Förderung des Radfahrens durch eine religiöse Organisation eine moralische Ordnung herausbildet, die ungeachtet der alltäglichen Verpflichtungen, über die Einzelne keine vollständige Kontrolle haben, eine pauschale Verurteilung der Autofahrer/-innen und eine pauschale Glorifizierung der Radfahrer/-innen ermöglicht. Dabei werden soziale wie kulturelle Unterschiede ignoriert und unterkomplexe moralisch wirksame Binaritäten eingeführt (Cupples und Ridley 2008, S. 257). Rutland und Aylet (2008) weisen wiederum auf die Selektivität der Responsibilisierungstechnologien hin, die auf ausgewählte Verhaltensweisen ausgerichtet sind, wie z.B. Installation von Photovoltaik-Anlagen durch Hauseigentümer, nicht jedoch auf andere, beispielsweise politisches Engagement für effektivere Regulation der Nutzung von erneuerbaren Energien (Rutland und Aylet 2008, S. 641).

Das kritische Potenzial der Gouvernamentalitätsperspektive auf Responsibilisierung macht es also einerseits möglich, nachhaltigkeitsbezogenes Handeln nicht nur als Ausdruck einer für die Spätmoderne charakteristischen erweiterten Reflexivität und der darauf gründenden »life politics« (Giddens 1991, S. 214) oder eines tugendhaften, gar auf Einsicht basierenden »environmental citizenship« (Dobson 2007), sondern auch als Ausdruck einer besonderen modernen Form, regiert zu werden, zu denken. Sowohl »life politics« als auch »environmental citizenship« erscheinen dann als Formen einer grünen bzw. ökologischen Gouvernamentalität. Damit kommen Machtfragen in den Blick, die sonst nicht selten beim Thema Nachhaltigkeit ausbleiben (Partzsch 2015). Entsprechend werden nachhaltigkeitsorientierte Verhaltensweisen nicht (nur) als Ausdruck einer fortschreitenden Zivilisierung menschlicher Entwicklung, als einsichtsvolle Politiken des Anthropozäns thematisiert, sondern auch als Materialisierung der Macht (Rutherford 2007, S. 302).

Andererseits lassen sich aus der Perspektive der *Governmentality Studies* jegliche Initiativen, seien es Repair-Cafés, Transition-Town-Netzwerke, solidarische Landwirtschaft sowie Alltagspraktiken, die der Rationalität der Ressourceneinsparung, Emissionsreduktion, sozialer Inklusion, Steigerung der Teilhabe an politischen Entscheidungen verpflichtet sind, als neoliberale Instrumentalisierung verstehen. Schließlich üben sich hier Einzelne sowie Gruppen in Selbst-Regulierung, Selbst-Disziplinierung und Selbst-Aktivierung und übernehmen Verantwortung für umwelt- und sozialpolitische Belange, für deren Bearbeitung der Staat genau dieses Programm der Aktivierung vorgesehen und auf eine anderweitige Regulierung verzichtet hat. Diese Perspektive lässt keine Möglichkeit zu, solche Initiativen und Alltagspraktiken als Ausdruck von Selbst-Ermächtigung, Mündigkeit, Subversion oder gar Emanzipation zu

betrachten (vgl. Harris 2009). Dies kann auf drei Basisannahmen der sich mit Umwelt- bzw. Nachhaltigkeitspolitik befassenden *Governmentality Studies* zurückgeführt werden:

Erstens wird Gouvernamentalität zumeist als eine Form der Regierung in einem kohärenten und alle gesellschaftlichen Verhältnisse beherrschenden Machtfeld des Neoliberalismus verstanden. Neoliberalismus wird eher als eine singuläre und homogene und weniger als eine offene, sich entwickelnde Rationalität beschrieben, die neben vielen anderen Rationalitäten der Regierung besteht. Er wird zu einer Master-Kategorie, mit der die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse verstanden und erklärt werden können (Brady 2014, S. 22ff.).

Zweitens – was mit der ersten Basisannahme eng zusammenhängt – wird den Technologien der Regierung, d.h. auch den Technologien der Responsibilisierung, eine absolute und ausschließliche Durchsetzungsmacht zugeschrieben, die sich ungebrochen ins Alltagsverhalten der Einzelnen einschreibt (Barnett et al. 2008; O'Malley et al. 1997). So erscheinen die Regierten den Programmen der Regierenden – und nur diesen – vollkommen ausgeliefert. Dabei werden zum einen die Komplexität und Routinehaftigkeit der Alltagspraktiken sowie der normalisierende soziale Druck, der Veränderungen erschwert, weitgehend außer Acht gelassen (Sonneryd und Ugglä 2015, S. 922ff.). Darüber hinaus bleiben hierbei andere mit den neoliberalen Responsibilisierungen konkurrierende Verantwortungsverhältnisse ausgeklammert. In Abgrenzung zu den ersteren zeichnen sie sich weniger durch Wahlfreiheit, sondern durch Reziprozität und Abhängigkeit aus, was beispielsweise für Care-Verhältnisse charakteristisch ist. In dieser differenzierenden Perspektive erscheint eine durch neoliberale Rhetorik hervorgebrachte Responsibilisierung als eine unter mehreren Formen der Individualisierung von Verantwortung (Trnka und Trundle 2014, 2017a).

Drittens können nachhaltigkeitsbezogene Initiativen und Alltagspraktiken als neoliberale Instrumentalisierung beschrieben werden, weil Nachhaltigkeit als eine Top-Down-Agenda verstanden wird, was mit einer klaren Trennung zwischen den Regierten und den Regierenden einhergeht. Sobald solche Initiativen eher als selbstermächtigte Bottom-Up-Phänomene begriffen werden oder wenn die Dualität der Regierten und den Regierenden verschwimmt, stößt diese Kritik der Individualisierung von Verantwortung an Grenzen.

Vor diesem Hintergrund schlagen beispielsweise Trnka und Trundle (2014, 2017a) sowie Rose und Lentzos (2017) vor, das Band zwischen Responsibilisierung und Neoliberalismus, das innerhalb der *Governmentality Studies* eng gezogen wurde, zu lockern. Dies würde ermöglichen, das Verständnis von Verantwortung – und wie es in den gegenwärtigen akademischen und öffentlichen Diskursen operiert – anhand der Heterogenität der sozialen Verhältnisse, in denen sich die Verantwortungsträger/-innen befinden, zu rekonstruieren

(Trnka und Trundle 2014, S. 150). Das Analysieren von Responsibilisierung würde damit nicht darauf hinauslaufen, sie als eine neoliberale Regierungstechnologie zu entlarven, sondern wäre vielmehr mit der Frage beschäftigt »who is being held responsible by whom for what, in relation to what, in what ways, and with what consequences« (Rose und Lentzos 2017, S. 34). Diesem Pfad folgend, möchte ich in der Untersuchung von Responsibilisierung im Kontext nachhaltiger Entwicklung zum einen die umfangreichen Erkenntniswerkzeuge der *Governmentality Studies* aufgreifen, um so eine machtsensible Perspektive auf nachhaltigkeitsorientiertes verantwortliches Handeln einzunehmen und seine einseitige romantisierende Beschreibung zu vermeiden. Zum anderen jedoch möchte ich über diese Ein-Punkt-Perspektive hinaus, in der das Gesamtbild der Gesellschaft nach der neoliberalen Regierungsrationale ausgerichtet ist, nach weiteren Fluchtpunkten suchen, um so Verantwortungsverhältnisse im Kontext der Nachhaltigkeit in ihrer Komplexität beschreiben zu können.²

3. METHODOLOGISCHE VORBEMERKUNGEN

Dieser Abschnitt ist der Klärung der Frage gewidmet, die innerhalb der oben vorgestellten Arbeiten ausbleibt: Wie lässt sich Responsibilisierung als empirisches Phänomen überhaupt fassen?

In den oben zitierten Gouvernamentalitätsforschungen, innerhalb deren der Begriff der Responsibilisierung lanciert wurde, bezeichnet er zumeist eine Delegation von Aufgaben, für die traditionell – aber gleichsam kontingenterweise – staatliche Institutionen zuständig waren, an nicht-staatliche und vor allem individuelle Akteure (Trnka und Trundle 2017a, S. 2). Diese Delegation, die auf die Aktivierung abzielt (Krasmann 2003, S. 183), ist zugleich mit einer Rekonstitution der adressierten Subjekte verknüpft: Individuen können beispielsweise für ihre Gesundheit oder ihre Berufskarrieren verantwortlich gemacht werden, weil ihre Verantwortungsfähigkeit, ihre Wahlfreiheit, ihre Fähigkeit, eigenes Leben autonom zu steuern, vorausgesetzt wird. In diesem Kontext stellt Responsibilisierung also eine doppelte Bewegung dar, die stets auf ein spezifisches gesellschaftstheoretisches Verhältnis von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren (zumeist einzelnen Menschen) verweist: Erstens

2 | Ähnlich schlägt Rosol (2017, S. 27) für die Erforschung des Phänomens *Urban Gardening* vor, bottom-up-Initiativen der Stadtentwicklung nicht in der Logik des Entweder (neoliberal)-oder (emanzipatorisch) zu rahmen, sondern vielmehr die Potenzialität der Gleichzeitigkeit und der gegenseitigen Durchdringung von neoliberaler Vereinnahmung und emanzipatorischer Aneignung solcher Phänomene anzuerkennen und das Verhältnis der beiden Frames fallbezogen zu bestimmen (vgl. auch McClintock 2014).

werden Zuständigkeiten vom Staat zum Individuum bewegt und zweitens werden den Adressat/-innen Subjektdefinitionen aufgestülpt bzw. nahegelegt und somit eine Verantwortungs- und Handlungsfähigkeit unterstellt (vgl. Günther 2002).

Die Bedingung für die soziologische Beschreibung der so verstandenen Responsibilisierung ist zum einen die Kenntnis über die historisch gewachsene Aufgabenteilung in den modernen liberalen Demokratien. Das heißt: Nur weil der Staat bestimmten Wohlfahrtsidealen verpflichtet war oder für den alleinigen Hüter der Wohlfahrt gehalten wurde, lässt sich eine Verschiebung der Zuständigkeit weg vom Staat und hin zu nicht-staatlichen Akteuren konstatieren. Dies wird anhand einer Vielfalt von Phänomenen festgestellt, z.B. als sprachliche Anrufung der Einzelnen als »Unternehmer ihrer Selbst« (Bröckling 2007) durch staatliche Institutionen, als Bereitstellung von Beratungsangeboten für Menschen, die Photovoltaikanlagen auf ihren Dächern installieren möchten oder als Bildungsveranstaltungen oder -materialien, in denen Konsument/-innen ihr Einfluss auf die Produktionsverhältnisse erläutert und ihre Verantwortung für die Gestaltung dieser Verhältnisse deutlich gemacht wird. Für die Beschreibung von Responsibilisierung innerhalb der *Governmentality Studies* ist also zum einen der gesellschaftstheoretische Rahmen des »fortgeschrittenen Liberalismus« (Rose und Lentzos 2017, S. 32) notwendig. Zum anderen muss eine implizite oder explizite Adressierung von einzelnen Privatpersonen (aber auch anderen nicht-staatlichen Akteuren) feststellbar sein, die als bereits verantwortlich angesprochen oder ermutigt werden, z.B. zur Reduktion der Treibhausgase beizutragen. Ob eine solche Adressierung wiederum vorliegt, wird in den oben zitierten Studien zumeist anhand sprachlicher Evidenz (also einer konkreten Verwendung von Wörtern aus dem Bedeutungsfeld von Verantwortung und Nachhaltigkeit durch die untersuchten Akteure) und/oder anhand einer interpretativen Herstellung einer Verknüpfung zwischen der beobachteten Situation und dem Bedeutungsfeld der Nachhaltigkeit (z.B. bei einem Info-Stand in der Fußgängerzone, der über Möglichkeiten der Installation von Photovoltaikanlagen aufklärt) ermittelt.

Für die in diesem Artikel noch zu beschreibenden Verantwortungsverhältnisse in einer Versorgungsgemeinschaft übernehme ich weitgehend die oben erläuterte methodologische Haltung und ergänze sie um drei weitere Punkte. Erstens spielt für mich das Verhältnis zwischen Staat und Individuum und somit die Delegation von Verantwortung zwischen diesen beiden Akteurstypen keine zentrale und somit rahmende Rolle. Vielmehr versuche ich, gemäß des bereits im Abschnitt 2 explizierten Erkenntnisinteresses, zu verstehen, wer wie und von wem für den Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung mit welchen Konsequenzen verantwortlich gemacht wird. Die Frage nach den Verantwortungsverhältnissen ist für mich eine offene Frage und nicht eine, die gesellschaftstheoretisch im Voraus auf die Beziehung zwischen dem Staat und den

Individuen festgelegt wird.³ Dies hängt wiederum damit zusammen, dass Verantwortung – zweitens – keinen bereits vorausgesetzten Begriff, sondern selbst den Gegenstand der empirischen Untersuchung darstellt. Responsibilisierung bedeutet in diesem Zusammenhang das »Doing Verantwortung« innerhalb sozialer Praktiken (siehe Buschmann und Sulmowski in diesem Band). Drittens: Da ich Weisen des Verantwortlichmachens und der Verantwortungsübernahme in den spezifischen Alltagsbedingungen eines Ökodorf-Projekts beschreibe, das nachhaltige Entwicklung als eines seiner zentralen Werte bzw. Ziele ausdrücklich nennt, nehme ich an – angelehnt an die oben formulierten Bedingungen der Untersuchung von Responsibilisierung –, dass Nachhaltigkeit als einer der zentralen normativen Bezugspunkte und somit eines der zentralen Organisations- und Koordinierungsprinzipien der Gemeinschaft fungiert. Dies bedeutet, dass beobachtete Phänomene stets auf ihr Verhältnis zu diesem programmatischen Bekenntnis zur Nachhaltigkeit befragt werden und nicht – wie in den *Governmentality Studies* verbreitet – von der Programmatik abgeleitet werden (Reitz und Draheim 2007, S. 111ff.).

4. VERANTWORTUNGSVERHÄLTNISSE IM ÖKODORF »SIEBEN LINDEN«

4.1. »Sieben Linden« als sozial-ökologisches Modellprojekt

Das Ökodorf »Sieben Linden« ist ein Teil des Ortes Poppau in der Gemeinde Beetzendorf in der Altmark (Sachsen-Anhalt). In der Siedlung leben zurzeit etwa 140 Bewohner/-innen, von denen etwa ein Viertel unter 18 Jahre alt ist. Die genossenschaftlich erworbene und verwaltete Fläche, die u.a. Acker-, Bau- und Waldareale umfasst, beträgt etwa 80 Hektar. Die Idee für ein Gemeinschaftsprojekt entstand 1989 und fand ihren Ausdruck zunächst in einem Konzeptpapier »Selbstversorgung als Selbstbestimmung« (Adam et al. 1990), in dem das Projekt als Antwort auf die Krisen der Industriegesellschaft dargestellt wird. Bereits in diesem programmatischen Text äußern die Autor/-innen ihren Willen, durch eigenes Beispiel zur Lösung dieser Krisen beizutragen, indem sie ihre sich noch damals zu formierende »ökologische Lebensgemeinschaft« (Adam et al. 1990, S. 3) dezidiert nicht als Ausstieg, sondern vielmehr als eine politische Aktion begreifen, die in die Gesellschaft hineinwirken soll

3 | Brady (2014, S. 22) bescheinigt den *Governmentality Studies* eine starke deduktive Tendenz und nennt einige solcher Analysen »Ausstechform-Beschreibungen« der politischen Wandelprozesse.

(Adam et al. 1990, S. 23).⁴ Programmatisch ist somit das Projekt von Anfang an mit der Aufgabe der Transformation der Gesellschaft verknüpft. Die Richtung dieser Transformation sollte weg von einer Industrie- und Konsumgesellschaft und hin zu einer lustvollen, schönen, selbstbestimmten, gewaltfreien und im Einklang mit der Natur lebenden Gemeinschaft führen (Adam et al. 1990, S. 23ff.), was inzwischen öffentlichkeitswirksam mit dem Selbstverständnis als Modellprojekt für Entwicklung »nachhaltiger Lebensstile«⁵ signalisiert wird. In diesem Sinne ist »Sieben Linden« als eine »intentionale Gemeinschaft« (Grundmann und Kunze 2012, S. 358; Dierschke et al. 2006, S. 102-104) zu verstehen, die von den Mitgliedern bzw. den Initiator/-innen mit Blick auf gemeinsam festgelegte Ziele gegründet wurde. Entsprechend wurden und werden Handlungs- bzw. Bedürfnisfelder wie Wohnen, Heizen, Hygiene, Ernährung, Mobilität, Bildung, Freizeit usw. in konsensorientierten Entscheidungsprozessen gestaltet. So sind der Boden sowie die Häuser nicht im individuellen, sondern im genossenschaftlichen Privatbesitz. Die Häuser werden mit höchsten Dämmstandards und einer Grundfläche von 16 m² pro Person (bzw. 32 m² bei zweistöckigen Gebäuden) gebaut, um den Heizbedarf zu minimieren, der zu zwei Dritteln durch den Einsatz des Brennholzes aus eigenen Waldbeständen gedeckt werden kann. Straßen werden grundsätzlich nicht versiegelt, und die bestehenden Schotterwege dürfen nur ausnahmsweise mit Autos befahren werden, von denen einige als »Teilautos« gemeinschaftlich genutzt werden. Komposttoiletten bzw. die sogenannten Trocken-Trenn-Toiletten sorgen zum einen für wasserlose Toilettengänge und zum anderen für Einfügung menschlicher Exkreme in eine Kreislaufwirtschaft. Nach einer Veredelung werden diese beispielsweise im Waldbau verwendet. Eine so eingerichtete Infrastruktur und Organisation der Bedarfssfelder trug laut einer 2004 durchgeführten Studie dazu bei, die Treibhausgasemissionen im Bedarfssfeld »Wohnen« auf einer Höhe zu halten, die den Sechzehntel des bundesdeutschen Durchschnitts betrug; wiederum im Bedarfssfeld »Mobilität« fielen im Ökodorf pro Kopf und Jahr etwa 65 % der durchschnittlichen bundesdeutschen Emissionen (Simon et al. 2004, S. 10ff.). »Sieben Linden« ist ein Hybrid aus marktferner Selbstversorgungsgemeinschaft, spendenbasierter Vereinigung sowie einer marktorientierten Organisation. Während die

4 | Dies bedeutet nicht, dass alle Dorfbewohner/-innen ihr Leben in »Sieben Linden« ausschließlich als eine politische Intervention begreifen, die auf eine Transformation der Gesellschaft im Sinne der nachhaltigen Entwicklung abzielt. Es lassen sich vielmehr verschiedene Motive des Zuzugs ins Ökodorf identifizieren, die nebeneinander gestellt werden können wie der Wunsch nach der Gemeinschaft, nach Selbstentfaltung, nach der Verbundenheit mit der Natur oder nach einer befriedigenden alltäglichen Lebensführung abseits einer unüberschaubaren Welt (vgl. Beck 2012).

5 | www.siebenlinden.org (Zugegriffen: 08.11.2017).

Versorgung mit Brennholz und Gemüse größtenteils mit innerdörflichen Mitteln bewerkstelligt wird, sind der Seminar-Betrieb oder der Waldkindergarten Angebote, die exogene Kapitalzuflüsse generieren, auf die »Sieben Linden« zur Aufrechterhaltung seiner Existenz angewiesen ist. Dazu gehört auch die Öffentlichkeits- und Imagearbeit, die das Ökodorf als einen angefragten und besuchswerten Akteur in der Nachhaltigkeitslandschaft positionieren.

Dabei ist Verantwortung eines der zentralen Motive des auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Handelns in »Sieben Linden«. Die Dorfbewohner/-innen betonen immer wieder, dass sie es ausdrücklich als ihre Aufgabe und nicht die Aufgabe von anderen Akteuren, seien es die politischen Entscheidungsträger/-innen oder Unternehmen, betrachten, die jeweiligen Alltagspraktiken so einzurichten, dass ihr Vollzug möglichst schonend Ressourcen in Anspruch nimmt und möglichst wenig Emissionen produziert. Die oben dargestellten Errungenschaften in »Sieben Linden« können insofern als Resultat der programmatisch deklarierten Übernahme von Verantwortung für die Krisen der Industriegesellschaft sowie der Sorge um die »Welt, in der wir leben«⁶, verstanden werden. Andererseits kann im Sinne der Gouvernamentalitätsperspektive die Verantwortungsübernahme für eine derartige Einrichtung von Alltagspraktiken als eine Delegation von vormals staatlicher Verantwortung gerahmt werden. Schließlich tragen hier Einzelne in gemeinschaftlicher Eigenarbeit zu einer erheblichen Reduktion des Ressourcenverbrauchs und der Treibhausgasemissionen bei und beleben dabei den ländlichen Raum. Es wäre somit naheliegend, »Sieben Linden« als »Agent der Regierung« (Rutland und Aylet 2008, S. 642) in der Erledigung umweltpolitischer Aufgaben zu sehen, zumal das Projekt mehrere staatliche Auszeichnungen bekam. Aus Gründen, die ich im Abschnitt 2 erläutert habe, verfolge ich nicht das Ziel, die auf *Governmentality Studies* zurückgehende neoliberal-diagnostische Lesart des Alltags in »Sieben Linden« gegen eine emanzipatorische Lesart auszuspielen. Vielmehr interessiert mich, welche Analyse von Responsibilisierung durch eine gleichzeitige Zulassung beider Lesarten ermöglicht wird.

4.2 Responsibilisierung und Subjektivierung in der Aufnahme-prozedur in »Sieben Linden«

Im Folgenden stelle ich einige von mehreren identifizierten Weisen des Einsatzes von Verantwortung vor. In diesen Beispielen fungiert Eigenverantwortung als Eingangspforte bei der Aufnahme neuer Projektmitglieder und als ein notwendiges Element eines Ethos der Selbst-Entfaltung, das zwar als Selbst-Optimierung, allerdings nicht zwingend als eine neoliberale Optimierung begriffen werden kann.

6 | <https://siebenlinden.org/de/oekodorf/vision/> (Zugegriffen: 08.11.2017).

Die Form von Responsibilisierung, die ich hier vorstellen möchte, nimmt die Gestalt einer ausdrücklichen Thematisierung von Eigenverantwortung als einer Art personaler Qualität bzw. Fähigkeit an. Dies findet im Rahmen der sog. Ankommensprozedur statt, also einer Reihe formalisierter Begegnungen zwischen den Dorfbewohner/-innen und den am Projekt oder sogar am Zuzug Interessierten. Wer die Projektinformationstage als Wochenend- oder Wochen-seminar absolviert hat, kann an dem einwöchigen Intensivkurs teilnehmen. Unter den am Zuzug interessierten Teilnehmer/-innen des Intensivkurses werden durch die Gemeinschaft ausgewählte Personen zum zweiwöchigen Gemeinschaftskurs eingeladen, in dessen Anschluss einige ermutigt werden, einen Antrag auf eine einjährige Probezeit zu stellen. In Begleitung von zwei Pat/-innen bereiten sich die Kandidat/-innen auf einen Vorstellungsabend vor, an dem sie sich den anwesenden Dorfbewohner/-innen vorstellen und Fragen aus der Gemeinschaft beantworten. Mit einer anschließenden Abstimmung entscheiden die Gemeinschaftsmitglieder über die Zulassung zur einjährigen Probezeit. Ist diese zu Ende, wird in einer weiteren Abstimmung die Aufnahme in die Genossenschaft in der Regel besiegelt.

In den ersten zwei Veranstaltungen der vorgestellten Reihe, an denen ich teilnehmen konnte, wird Verantwortung im Sinne einer individuellen Fähigkeit konzipiert, die zugleich als eine Voraussetzung für die Aufnahme und das Leben in »Sieben Linden« gilt. Dabei ist Eigenverantwortung zum einen im Sinne einer Fähigkeit der endogenen Selbst-Aktivierung zu verstehen. So sagt eine Seminarleiterin: »Wir brauchen Leute, die von ihrem Wesen her selbst Initiative ergreifen, die selbst-verantwortlich sind.« Da das Ökodorf kein ehrenamtlich finanziertes Freizeit-Projekt ist, sondern eine auf (alternative) Existenzsicherung und somit auch auf ökonomische Produktivität ausgerichtete Organisation (s. oben), muss sie ihr Produktivitätspotenzial im Auge behalten. Für die Entwicklung und Aufrechterhaltung des Ökodorfs muss ihre Gesundheit beachtet werden: »Wir können hier nicht alles auffangen, es gibt therapeutische Gemeinschaften, aber hier ist Selbstverantwortung gefragt« – sagt die Leiterin einer der Einführungskurse.

Zum anderen wird Eigenverantwortung auf eine spezifische Kommunikations- und Konfliktkultur innerhalb der Gemeinschaft bezogen. Sie steht für eine Haltung im Umgang mit negativen Gefühlslagen hauptsächlich in Konfliktsituationen. Sie äußert sich in einer introspektiven Ausrichtung der Analyse von Gemütszuständen. Wenn im Streit negative Gefühle auftreten, soll die Einsicht, dass jede/-r für eigene Gefühlslagen eigenverantwortlich ist, dafür sorgen, dass die eigene Innenwelt nach den Ursachen des Konflikts durchsucht wird. Diese zu kultivierende Haltung ist nicht nur eine Voraussetzung für die Entwicklung und Aufrechterhaltung der Kommunikations- und Konfliktkultur in »Sieben Linden«, sondern auch für die angestrebte Selbst-Entfaltung, die diese Kultur fördern soll. Denn wachsen lässt es sich vor allem dann im

Verständnis der Dorfbewohner/-innen, wenn problematische Situationen, Unzufriedenheit oder seelischer Schmerz als Anlass für innere Lernprozesse und nicht für Abwendung, Kommunikationsunterbrechung oder Schuldzuweisung begriffen werden. In einem so kultivierten »Denkstil« (Fleck 1980/1935) über psycho-soziale Entwicklungsdynamik der Menschen fungiert das Ethos der Selbst-Entfaltung und die darin eingefaltete Eigenverantwortung als eine Art Übersetzungsinstanz (vgl. Latour 2007), mit der Kritik in produktive Entfaltungsarbeit übersetzt werden kann. So kommentiert ein Siebenlindner einen »Rückzieher« einer am Zuzug interessierten Familie folgendermaßen: »Ja, sie wollten kommen und haben sich dagegen entschieden. Ich kann es verstehen, denn sie haben ziemlich viel Feedback bekommen und wenn man an den inneren Wachstumsprozessen nicht interessiert ist, der versteht das nur als Kritik und leidet darunter.«

Eigenverantwortung sowie das auf ihr ruhende Ethos der Selbst-Entfaltung verlangen den Dorfbewohner/-innen die Bereitschaft ab, sich selbst zu beobachten, über ihre Gefühlslagen zu reflektieren und sich somit zu optimieren. Da in »Sieben Linden« aufgrund der Entscheidungsstrukturen und des eng gemeinschaftlich gestalteten Alltags zwangsläufig Reibungsmomente aufkommen würden, bestünden in einer solchen Gemeinschaft besonders viele Möglichkeiten für die Selbst-Entfaltung. An dieser Stelle könnte im Rückgriff auf die Gouvernamentalitätsperspektive Selbst-Entfaltung als Selbst-Optimierung im Sinne einer neoliberalen Zurichtung der Subjekte ausgelegt werden, die auf die Herausbildung von marktverwertbaren Kompetenzen aus ist, mit denen der Wettbewerb um die Humanressource »Mensch« bestritten werden kann (Gamm 2013, S. 51). Doch hierfür fehlen einige Elemente, die eine solche Beschreibung plausibel machen würden. Beispielsweise ist diese Optimierung nicht auf marktförmige Verwertung der erlernten Kompetenzen ausgerichtet, sondern vielmehr darauf, eine Kommunikations- und Konfliktkultur aufrecht-erhalten zu können, die eine Fortentwicklung und Pflege der Gemeinschaft gewährleistet. Sie ist auch darauf ausgerichtet, einen möglichst ressourcenschonenden naturharmonischen Lebensstil zu entwickeln. Auch wenn gerade diese Errungenschaft – eine funktionierende Gemeinschaft, in der sozial-ökologisch verträgliche Lebensweise ausprobiert wird – dem Ökodorf hohe Besucherzahlen beschert, Einnahmen generieren lässt und somit das Kapital des Projekts darstellt, ist ihre Marktverwertbarkeit jedoch vielmehr ein Nebenprodukt dieser Arbeit am (kollektiven) Selbst als ihr Ziel. In diesem Sinne lässt sich konstatieren, dass »Eigenverantwortung« zwar im Dienst einer Selbst-Optimierung steht, jedoch geht diese Optimierung nicht (vollständig) in einer neoliberalen Rationalität auf.

In den beschriebenen Beispielen wird darüber hinaus deutlich, dass »Verantwortung« ihre Wirksamkeit auch als ein Element der Selektion in der Aufnahme neuer Gemeinschaftsmitglieder entfaltet. Auch wenn aus der In-

nenperspektive ein Selektionsmechanismus als notwendig erscheint, ist das Ökodorf eindeutig nicht für alle offen: Wer sich nicht als verantwortlich zeigt oder als verantwortlich wahrgenommen wird, bleibt außen vor. So betont eine Kursleiterin: »Wenn Menschen es nicht einsehen, dass sie für ihre eigenen Gefühle, Körper, Taten zuständig sind, können sie hier nicht leben. Selbstverantwortung ist die Grundlage.« Auf diese Weise wird Eigenverantwortung institutionalisiert und hat daher eine normalisierende Funktion. Die im Projekt oft beschworene Formel »Einheit in der Vielfalt« muss vor diesem Hintergrund mit Skepsis betrachtet werden. Eingesetzt wird sie, um das Verhältnis zwischen Individualität und Kollektivität zu harmonisieren, um die Heterogenität der Lebensentwürfe und -stile in »Sieben Linden« zu betonen und damit ein Bild einer homogenisierenden Wirkung von Gemeinschaft abzuwenden. Es kann sich hierbei jedoch höchstens um eine situierte Vielfalt handeln, die ausgewählte Aspekte des Unterschiedlich-Seins umfasst, wie beispielsweise religiöse oder sexuelle Orientierung, Ernährungsstile, nicht aber andere, wie z.B. die Verantwortungsverhältnisse der Einzelnen in Bezug auf eigene Gemütszustände. Ein »internationalisiertes und damit globalisiertes und multikulturelles ›Wir‹«, dessen Entstehung Grundmann und Kunze (2012, S. 367) in den intentionalen Gemeinschaften – in Kontrast zu traditionellen Gemeinschaften – sehen, tritt vor dem Hintergrund der obigen Beschreibung weniger deutlich zu Tage. Eine solche Aussage ist zumindest in Bezug auf den programmatischen Anspruch zulässig. Mit Blick auf die alltägliche Praxis muss sie jedoch relativiert werden, denn »sobald du deine Genossenschaftsanteile gezahlt hast, kannst du eh machen, was du willst« – erläutert einer der Dorfbewohner.

5. FAZIT: DIE KOMPLEXITÄT DER VERANTWORTUNGSVERHÄLTNISSE

Der Ausgangspunkt dieses Beitrags war die Kritik der auf Nachhaltigkeit bezogenen Responsibilisierung und insbesondere jene Kritik, die im Rahmen der *Governmentality Studies* formuliert wurde. Die Gouvernamentalitätsperspektive macht es einerseits möglich, Bemühungen Einzelner oder Gruppen, seien es Kauf von Bio-Produkten, Trennen von Müll, Verzicht auf Produktverpackungen, Engagement in Repair-Cafés oder Selbsthilfe-Werkstätten, Gründung von ökologisch orientierten Wohn- und Gemeinschaftsprojekten, nicht ausschließlich als Ausdruck einer einsichtsvollen und tugendhaften Verantwortungsübernahme zu verstehen, sondern auch als Ausdruck eines Machtverhältnisses – einer besonderen Weise, regiert zu werden. Andererseits lassen sich mit dieser Perspektive Ressourcen und Emissionen sparende Verhaltensweisen nicht als Ausdruck von Emanzipation und Kritik oder eines Aufbegeh-

rens gegen die bestehenden gesellschaftlichen Naturverhältnisse beschreiben. Aufgrund dieser theoretischen Problemlage verfolgte der Artikel das Ziel, die Gouvernamentalitätsperspektive auf Responsibilisierung zu richten, ohne jedoch die generalisierende Konzeption von Verantwortung als eine neoliberale Regierungstechnologie zu einem zentralen analytischen Fluchtpunkt zu erheben. Somit ging es ausdrücklich nicht darum, herauszuarbeiten, inwiefern ein auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes Handeln *entweder* eine neoliberale Instrumentalisierung *oder* eine selbstbestimmte Verantwortungsübernahme darstellt. Mit anderen Worten: Der Annäherung an das Phänomen Responsibilisierung lag die Annahme zu Grunde, dass diese weder als vollständig autonomes noch als ein vollständig heteronomes Geschehen aufzufassen, sondern vielmehr im Sinne eines stets »bedingten Tuns« (Schürmann 2014, S. 226) zu verstehen ist. Dementsprechend sollten Verantwortungsverhältnisse in ihrer Situativität und Komplexität beschrieben werden, indem der von Rose und Lentzos (2017, S. 34) aufgeworfene Frage nachgegangen wurde: Wer wird wie von wem und wofür verantwortlich gemacht und mit welchen Konsequenzen?

Anhand einer ethnografischen Studie im Ökodorf »Sieben Linden« wurde rekonstruiert, wie die in die Programmatik dieses Gemeinschaftsprojekts eingeschriebene Verantwortung in der Gestaltung des Dorfes sowie bei der Annäherungs- und Aufnahme-prozedur neuer Mitglieder wirksam wird. Dabei zeigt sich, dass Verantwortung nicht nur – wie die *Governmentality Studies* nahelegen – im Sinne einer Regierungstechnologie zu einer Aktivierung anleitet. Wenn sie das tut, ist diese Aktivierung nicht nur auf eine individualistische Marktverwertbarkeit des eigenen Selbst ausgerichtet. Vielmehr können unterschiedliche Bedeutungen und Wirkungen im Zusammenhang mit Verantwortung beschrieben werden, je nach der Rationalität, in die sie eingespannt wird. Zum einen wird sie als eine personale Qualität konzipiert, die zugleich eine Voraussetzung dafür ist, Teil der Gemeinschaft zu werden. Gewissermaßen kommt der Eigenverantwortung also eine Bedeutung als Eingangspforte zu: Auch wenn in »Sieben Linden« Vielfalt ausdrücklich erwünscht und gefördert wird, so umfasst sie im Verständnis der Dorfbewohner/-innen ausgewählte Aspekte des Unterschiedlich-Seins (z.B. sexuelle oder religiöse Orientierung) und lässt andere (wie die Verantwortungsfähigkeit) außen vor. Zum anderen ist Eigenverantwortung in die pragmatische, eine Care- und eine Optimierungsrationalität verwickelt, die sich wechselseitig durchdringen. So ist eigenverantwortliches Handeln eine Grundlage für die Umsetzung der nachhaltigkeitsorientierten Programmatik des Projekts und gleichzeitig eine Bedingung für die Aufrechterhaltung der Gemeinschaft. Die komplexen gemeinschaftlichen Entscheidungs- und Anpassungsprozesse im Dorf gelingen dank einer gemeinsam entwickelten Kommunikations- und Konfliktkultur, für die Verantwortung für eigene Gemütszustände zentral ist. Diese Verantwortung impliziert eine Bereitschaft, sich in Konfliktsituationen permanent zu reflektie-

ren, zu disziplinieren und sich in Offenheit für Kritik zu üben, was wiederum als Motor der Selbst-Entfaltung aufgefasst wird. Gewiss kann diese Entfaltung als Optimierung gedeutet werden, da sie auf die Selbstverwertbarkeit ausgerichtet ist. Diese Verwertbarkeit ausschließlich in den Dienst einer marktförmigen Anpassung zu stellen, würde jedoch andere (oben beschriebene) Rationalitäten, die am Werk sind, ausblenden. Offensichtlich geht mit dem Leitbild Nachhaltigkeit eine soziale Ordnung einher, in der Responsibilisierung und Optimierung obligatorische Elemente von Subjektivierungsprozessen sind. Damit ist diese Ordnung und ihr Werden zwar mit neoliberalen Programmatiken verknüpft, kann jedoch durch den alleinigen Verweis auf diese nur einseitig beschrieben werden.

LITERATUR

- Adam, Gabriele, Arno Hauenschild, Harald Kust, Edeltrud Schmitt und Jörg Sommer. 1990. *Selbstversorgung als Selbstbestimmung. Wege zu einer ökologischen Lebensgemeinschaft*. Heidelberg.
- Barnett, Clive, Nick Clarke, Paul Cloke und Alice Malpass. 2008. The Elusive Subjects of Neo-Liberalism. *Cultural Studies* 22(5):624-653.
- Beck, Sylvia. 2012. Gemeinschaftliches Wohnen: Zwischen gelebter Sozialutopie, pragmatischer alltäglicher Lebensführung und instrumentalisierter Vergemeinschaftung. *Widersprüche: Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich* 32(124):33-53.
- Becker, Egon, und Thomas Jahn, Hg. 2006. *Soziale Ökologie: Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Brady, Michelle. 2014. Ethnographies of Neoliberal Governmentalities: from the neoliberal apparatus to neoliberalism and governmental assemblages. *Foucault Studies* 18:11-33.
- Bröckling, Ulrich. 2013. *Das unternehmerische Selbst: Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- BUNDjugend, und BUND, Hg. 2017: *Ein gutes Leben für alle! Eine Einführung in Suffizienz*. <http://kassel.bund.net/fileadmin/bundgruppen/bcmskvkassel/Veranstaltungen/gutes-leben.pdf> (Zugegriffen: 08.11.2017).
- Cupples, Julie, und Elisabeth Ridley. 2008. Towards a heterogeneous environmental responsibility: sustainability and cycling fundamentalism. *Area* 40(2):254-264.
- Darier, Éric. 1996. Environmental governmentality: The case of Canada's green plan. *Environmental Politics* 5(4):585-606.
- Dierschke, Thomas, Stephan Drucks und Iris Kunze. 2006. Intentionale Gemeinschaften: Begriffe, Felder, Zugänge. In *Soziale Gemeinschaften: Expe-*

- rimentierfelder für kollektive Lebensformen, Hg. Matthias Grundmann, Thomas Dierschke, Stephan Drucks und Iris Kunze, 101-118. Berlin: Lit-Verlag.
- Dobson, Andrew. 2007. Environmental citizenship: towards sustainable development. *Sustainable Development* 15(5):276-285.
- Fahlquist, Jessica Nihlén. 2009. Moral Responsibility for Environmental Problems – Individual or Institutional? *Journal of Agricultural and Environmental Ethics* 22(2):109-124.
- Fleck, Ludwik. 1980/1935. *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Gamm, Gerhard. 2013. Das Selbst und sein Optimum. Selbstverbesserung als das letzte Anliegen der modernen Kultur. In *Inszenierung und Optimierung des Selbst*, Hg. Ralf Mayer, Christiane Thompson und Michael Wimmer, 31-53. Wiesbaden: Springer.
- Giddens, Anthony. 1991. *Modernity and self-identity: self and society in the late Modern Age*. Cambridge: Polity Press.
- Grundmann, Matthias, und Iris Kunze. 2012. Transnationale Vergemeinschaftungen: Interkulturelle Formen der sozial-ökologischen Gemeinschaftsbildung als Globalisierung von unten? In *Transnationale Vergesellschaftungen*, Hg. Hans-Georg Soeffner, 357-369. Wiesbaden: Springer.
- Grundmann, Matthias, Thomas Dierschke, Stephan Drucks und Iris Kunze, Hg. 2006. *Soziale Gemeinschaften: Experimentierfelder für kollektive Lebensformen*. Berlin: Lit-Verlag.
- Grunwald, Armin. 2010a. Die Ökologie der Individuen. Erwartungen an individuelles Umwelthandeln. In *Ökologische Aufklärung*, Hg. Christian Büscher und Klaus Peter Japp, 231-257. Wiesbaden: VS Verlag.
- Grunwald, Armin. 2010b. Wider die Privatisierung der Nachhaltigkeit – Warum ökologisch korrekter Konsum die Umwelt nicht retten kann. *GAIA* 19(3):178-182.
- Grunwald, Armin. 2012. *Ende einer Illusion. Warum ökologisch korrekter Konsum uns nicht retten kann*. München: oekom.
- Günther, Klaus. 2002. Zwischen Ermächtigung und Disziplinierung. Verantwortung im gegenwärtigen Kapitalismus. In *Befreiung aus der Mündigkeit: Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus*, Hg. Axel Honneth, 117-139. Frankfurt a.M.: Campus.
- Harris, Edmund. 2009. Neoliberal subjectivities or a politics of the possible? Reading for difference in alternative food networks. *Area* 41(1):55-63.
- Heidbrink, Ludger, Imke Schmidt und Björn Ahaus, Hg. 2011. *Die Verantwortung des Konsumenten: Über das Verhältnis von Markt, Moral und Konsum*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Hellmann, Kai-Uwe. 2011. Der Eigensinn der Konsumenten. Zur Frage der Verantwortung bei der Zurechnung von Konsumentenverantwortung. In

- Die Verantwortung des Konsumenten: Über das Verhältnis von Markt, Moral und Konsum*, Hg. Ludger Heidbrink, Imke Schmidt und Björn Ahaus, 269-283. Frankfurt a.M.: Campus.
- Hobson, Kersty. 2013. On the making of the environmental citizen. *Environmental Politics* 22(1):56-72.
- Honneth, Axel, Hg. 2002. *Befreiung aus der Mündigkeit: Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus*, 117-139. Frankfurt a.M.: Campus.
- Hunter, Robert. 1997. *Simple Things Won't Save the Earth*. Austin: The University of Texas Press.
- Kaindl, Christina, Hg. 2007. *Subjekte im Neoliberalismus*. Marburg: BdWi-Verlag.
- Krasmann, Susanne. 2003. *Die Kriminalität der Gesellschaft: Zur Gouvernementalität der Gegenwart*. Konstanz: UVK.
- Kumrig, Sarah, Marit Rosol und Andreas Exner, Hg. 2017. *Umkämpftes Grün: zwischen neoliberaler Stadtentwicklung und Stadtgestaltung von unten*. Bielefeld: transcript.
- Latour, Bruno. 2007. *Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft: Einführung in die Akteur-Netzwerk-Theorie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lemke, Thomas. 2000. Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die governmentality studies. *Politische Vierteljahresschrift* 41(1):31-47.
- Luke, Timothy W. 1999. Environmentality as Green Governmentality. In *Discourses of the environment*, Hg. Éric Darier, 121-151. Oxford: Blackwell.
- Maniates, Michael F. 2001. Individualization: Plant a Tree, Buy a Bike, Save the World? *Global Environmental Politics* 1(3):31-52.
- Mayer, Ralf, Christiane Thompson und Michael Wimmer, Hg. 2013. *Inszenierung und Optimierung des Selbst*. Wiesbaden: Springer.
- McClintock, Nathan. 2014. Radical, reformist, and garden-variety neoliberal: coming to terms with urban agriculture's contradictions. *Local Environment* 19(2):147-171.
- Miller, Peter, und Nikolas S. Rose. 2008. *Governing the present: administering economic, social and personal life*. Cambridge: Polity Press.
- Müller, Ria, Jan Hildebrand, Frieder Rubik, Diana Rode, Sigrid Söldner und Sabine Bietz. 2016. *Der Weg zum Klimabürger. Kommunale Unterstützungsmöglichkeiten, Strategien, Methoden. Empfehlungen aus dem Forschungsprojekt Klima-Citoyen*. https://www.ioew.de/fileadmin/user_upload/BILDER_und_Downloaddateien/Publikationen/2016/Klima-Citoyen_Wegweiser_Klimabuerger.pdf (Zugegriffen: 05.09.2017).
- O'Malley, Pat, Shearing Clifford und Lorna Weir. 1997. Governmentality, criticism, politics. *Economy and Society* 26(4):501-217.
- Partzsch, Lena. 2015. Kein Wandel ohne Macht – Nachhaltigkeitsforschung braucht ein mehrdimensionales Machtverständnis. *GAIA* 24(1):48-56.

- Paterson, Matthew, und Johannes Stripple. 2010. My Space: Governing Individuals' Carbon Emissions. *Environment and Planning D: Society and Space* 28(2):341-362.
- Reitz, Tilman, und Susanne Draheim. 2007. Schattenboxen im Neoliberalismus. Kritik und Perspektiven der deutschen Foucault-Rezeption. In *Subjekte im Neoliberalismus*, Hg. Christina Kaindl, 109-121. Marburg: BdWi-Verlag.
- Rose, Nikolas. 2000. Government and Control. *British Journal of Criminology* 40:321-339.
- Rose, Nikolas, und Filippa Lentzos. 2017. Making Us Resilient: Responsible Citizens for Uncertain Times. In *Competing responsibilities: the politics and ethics of contemporary life*, Hg. Susanna Trnka und Catherine Trundle, 27-48. Durham: Duke University Press.
- Rosol, Marit. 2017. Gemeinschaftlich gärtner in der neoliberalen Stadt? In *Umkämpftes Grün: zwischen neoliberaler Stadtentwicklung und Stadtgestaltung von unten*, Hg. Sarah Kumnig, Marit Rosol und Andreas Exner, 11-32. Bielefeld: transcript.
- Rutherford, Stephanie. 2007. Green governmentality: insights and opportunities in the study of nature's rule. *Progress in Human Geography* 31(3):291-307.
- Rutland, Ted, und Alex Aylett. 2008. The Work of Policy: Actor Networks, Governmentality, and Local Action on Climate Change in Portland, Oregon. *Environment and Planning D: Society and Space* 26(4):627-646.
- Schürmann, Volker. 2014. Bedeutungen im Vollzug. Zum spezifischen Gewicht der Praxisphilosophie. *Sport und Gesellschaft* 11(3):212-231.
- Shove, Elizabeth. 2010. Beyond the ABC: Climate Change Policy and Theories of Social Change. *Environment and Planning A* 42(6):1273-1285.
- Simon, Karl-Heinz, Alexa Matovelle, Klaus-Peter Kilmer-Kirsch und Peter Dangelmayer. 2004. *Zusammenfassender Endbericht zum Vorhaben »Gemeinschaftliche Lebens- und Wirtschaftsweisen und ihre Umweltrelevanz«*. Kassel. <http://siebenlinden.org/wp-content/uploads/2016/06/Simon-KH-et-al-2004.pdf>. (Zugegriffen: 08.11.2017).
- Soneryd, Linda, und Ylva Ugglä. 2015. Green governmentality and responsibility: new forms of governance and responses to »consumer responsibility.« *Environmental Politics* 24(6):913-931.
- Trnka, Susanna, und Catherine Trundle. 2014. Competing Responsibilities: Moving Beyond Neoliberal Responsibilisation. *Anthropological Forum* 24(2):136-153.
- Trnka, Susanna, und Catherine Trundle. 2017a. Introduction. Competing Responsibilities: Reckoning Personal Responsibility, Care for the Other, and the Social Contract in Contemporary Life. In *Competing responsibilities: the politics and ethics of contemporary life*, Hg. Susanna Trnka und Catherine Trundle, 1-24. Durham: Duke University Press.

- Trnka, Susanna, und Catherine Trundle, Hg. 2017b. *Competing responsibilities: the politics and ethics of contemporary life*. Durham: Duke University Press.
- Walker, Gordon. 2015. Beyond individual responsibility. Social practice, capabilities and the right to environmentally sustainable ways of living. In *Social practices, intervention and sustainability: beyond behaviour change*, Hg. Yolande Strengers und Cecily Maller, 45-59. London: Routledge.

